

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Dienstag, 15. Juni 1937

Nr. 139

## Woroschilow deckt die Erschießungen

Moskau. In einem Armeebefehl des Volkskommissars für Nationalverteidigung Woroschilow heißt es:

Die ganze rote Armee wird ermahnt aufzuatmen, wenn sie von dem gebührenden Urteil des Gerichtes über die Verräter und von der Ausführung dieses gerechten Urteiles Kunde erhält. Das Gebot dieser Bande von Spionen und Verrätern war die Liquidierung der Sowjetordnung in Sowjetrußland um jeden Preis und mit allen Mitteln. Sie bereiteten die Ermordung der Führer der Partei und der Regierung vor und führten alle möglichen böswilligen Schändlichkeiten aus und versuchten, die Macht der roten Armee zu untergraben und deren Niederlage in einem künftigen Krieg vorzubereiten.

Die Hauptorganisatoren und Führer der Spione, die unmittelbar mit den Generälen der Bourgeois faschistischer Staaten verbunden waren, wurden erloscht und erlitten nach Verdienst die Vergeltung durch die Sowjetjustiz. Die rote Arbeiter- und Bauernarmee öffnet schonungslos diese Eiterbeule an ihrem gefunden Körper und beseitigt sie rasch.

## Lenins Schwester gestorben

Moskau. Am Alter von 50 Jahren starb hier die Schwester Lenins, Maria Iljitschna Ulijanowa. Sie war eines der ältesten Mitglieder der kommunistischen Partei und die engste Mitarbeiterin Lenins. Ihr Sarg wurde im Generalkriegsgraben aufgebahrt und große Abordnungen der Bevölkerung zogen zum Abschied an ihm vorbei.

Frau Ulanowa hatte sich unter dem Einfluß ihres Bruders schon als junges Mädchen der revolutionären Bewegung angeschlossen und führte seitdem das Leben einer überzeugten Revolutionärin. Vom März 1917 bis zum Jahre 1929 arbeitete sie in der Redaktion der „Pravda“; seit 1934 war sie Mitglied des Büros der Kommission für die Sowjetkontrolle.

## Faulhaber protestiert

München. In München wurde am Sonntag in den katholischen Kirchen bei der Predigt ein Protest des Münchner Erzbischofs Faulhaber verlesen, der an den Kirchenminister Ferrari richtet und sich auf die jüngst erfolgte Verhaftung des Jesuitenpaters Rupprecht Meher bezieht. Der Jesuitenpater ist am 5. Juni in der Michaelskirche in München verhaftet und bis jetzt nicht freigelassen worden. Kardinal Faulhaber fordert die Freilassung Meyers und die Aufhebung des gegen ihn von der geheimen Staatspolizei erlassenen Verbotes, öffentlich zu sprechen, da dies mit dem Konkordat in Widerspruch stehe.

## Budapester Kommuniqué gegen Blockbildung

Budapest. Reichsaussenminister von Neurath ist Montag früh nach dreitägigem Aufenthalt in Budapest nach Berlin zurückgefahren. Über seine Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Darányi und dem Außenminister Kánya wird in einem offiziellen Kommuniqué gesagt, daß alle Fragen der europäischen Politik und insbesondere diejenigen geprüft wurden, an denen die beiden Staaten unmittelbar interessiert sind. Dabei sei „volle Einmütigkeit in jeder Hinsicht“ konstatiert worden. Die beiden Länder lehnen insbesondere alle auf eine Division der Ziele abzielende Versuche ab und streben einen „Versöhnlichen“ Weg in Betracht kommenden Interessen und eine endgültige Befriedigung an.

## Briand-Denkmal vor dem Quai d'Orsay

Paris. Sonntag nachmittags wurde auf dem Quai d'Orsay vor dem Gebäude des Außenministeriums das Denkmal Aristide Briand in feierlicher Weise enthüllt. An der Feier nahmen der Präsident der Republik, Lebrun, die Mitglieder der Regierung, des diplomatischen Korps, des Parlaments und zahlreiche andere Würdenträger teil. Die Feier nahm einen würdigen Verlauf.

## Endkampf um Bilbao Regierung organisiert letzte Verteidigung in den Straßen der Stadt

Bayonne. (Reuter.) Die baskische Nachrichtenagentur teilt Montag abends in einem Sonderkommuniqué mit, daß die baskische Regierung einmütig beschlossen habe, in Bilbao zu bleiben und die letzte Verteidigung in den Straßen der Stadt zu organisieren. Damit erledigen sich die Gerüchte über die Flucht der Regierung nach Santander.

Die Lage in der Stadt ist unverändert. Die Stadt wird von Flugzeugen der Aufständischen in kurzen Intervallen dauernd bombardiert.

Der Vorsitzende der baskischen Kreisregierung Aquirre sprach Montag abends im Rundfunk und wandte sich mit einer Botschaft an die vorstehenden sämtlicher demokratischen Regierungen. Er protestierte dagegen, daß die deutsche und die italienische Regierung sowohl Truppen als auch Kriegsmaterial an die baskische Front geschickt haben. Er erinnerte an die Empörung, welche das Bombardement der Städte Durango und Guernica in der ganzen Welt hervorgerufen hat, und erklärte, daß weiterhin offene Dörfer und Städte vernichtet wurden. Seine Botschaft schloß Aquirre mit den Worten: „Inmitten dieser Greuel rufe ich die zivilisierte Welt, der noch ein bißchen Menschlichkeit geblieben ist, rufe ich das Gewissen der Welt auf, nicht zuzulassen, daß die schrecklichste Ungerechtigkeit, welche die Weltgeschichte je zu verzeichnen hatte, zu Ende geführt werde!“

Paris. Der Havas-Korrespondent meldet von der Bilbao-Front: Die Navarra-Brigade bemächtigte sich Sonntag des Berges Santa Marina (450 Meter), der eine Schlüsselstellung für die Einnahme von Bilbao bildet. Am Montag früh erreichten die Vorposten bereits die ersten Häuser des südlichen Stadtteiles von Bilbao, Begona. Die baskischen Streitkräfte beschränkten sich auf leichte Mützungsgefechte. Mliegerkasseln von leichten Jagdbombern bis zu schweren dreimotorigen Bombenflugzeugen kreisten über dem noch nicht gefallenen Festungsgürtel und machen ihn sturmreif.

## Neue Finanzvorlagen Blums vom Kabinettsrat einmütig genehmigt

Paris. Montag gegen Abend ist der Kabinettsrat zusammengesessen, der den Bericht des Finanzministers über die geplanten Finanzerforderungen entgegennahm. Die Minister sind dann gefordert zusammengesessen. Bei den Beratungen der radikalen und der sozialistischen Minister und in der hierauf stattgefundenen neuerlichen Sitzung sind die vorgelegten Entwürfe einmütig angenommen worden. Sie werden in der am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik stattfindenden Sitzung des Kabinettsrates definitiv genehmigt und am Nachmittag dem Parlament vorgelegt werden. Die Mitglieder der Regierung lehnten es ab, den Pressevertretern Einzelheiten über die geplanten

## Der Hafen unter Feuer

Die französischen Frachtdampfer „Perrog Guirec“ und „Tregastel“ sind Montag nachmittags mit Lebensmittelladungen in den Bilbao-Hafen eingefahren, mußten aber, bevor sie noch den Hafen der Stadt Bilbao erreicht hatten, fliehen und sich auf die hohe See begeben, da der Hafen von den Batterien der Aufständischen unter starkem Feuer gehalten wurde.

## Britische Marinesoldaten ausgeschifft

Der britische Zerstörer „Kempfenfel“ traf Montag um 18 Uhr im Innenhafen der Stadt Bilbao ein und schiffte eine Abteilung bewaffneter Marinesoldaten aus. Es verlautet, daß diese Marinesoldaten den britischen Konsul Stevenson aufsuchen sollen, welcher mit dem Kommandanten des Zerstörers in Radioverbindung stand, welche plötzlich unterbrochen wurde.

## Ein letzter Hilferuf

Der Präsident der Baskischen Republik Aquirre hat an die Regierungen der Völkerbundstaaten eine gleichlautende Botschaft gerichtet, in der er sagt: „Die zivilisierten Völker können doch nicht zulassen, daß ein tausendjähriges Land, die Wiege der ältesten Demokratie, vernichtet werde, und sie können nicht zulassen, daß in den Straßen Bilbao die letzten noch übrig gebliebenen Basken, die jetzt dorthin fliehen, massakriert werden.“

## Nach der belgischen Amnestiekrise

Brüssel. Ministerpräsident Van Zeeland fuhr nach Amerika. Der Amerikareise des belgischen Ministerpräsidenten ging der gewaltige Brüsseler Wahlsieg über den Regismus voran. Die dem Siege folgte überraschender Weise eine schwere Krise, die zeitweilig zum Rücktritt der Regierung zu führen drohte.

Die belgische Krise wurde durch eine scheinbar untergeordnete Frage heraufbeschworen, durch die Frage des Erlasses gewisser Nebenstrafen für flämische Nationalisten. Hinter der Amnestie stecken aber die großen nationalen und sozialen Existenzfragen des Landes.

Das flämische Problem ist in Belgien keine reine Rinderheutefrage. Da es in Belgien mehr Flamen gibt als belgische Franzosen, Wallonen, ist die flämische Frage eher das Problem der nationalen Mehrheit, der die sprachliche Gleichberechtigung lange vorenthalten wurde. Diese eigentümliche Erscheinung ist auf die soziale Schichtung Belgiens zurückzuführen. Die Sprache der Besitzenden, der gebildeten Klassen war die französische. Nur mit der Demokratisierung des Landes, dem Aufstieg der unteren Volksklassen begann das Vordringen der flämischen Sprache im Unterricht, in der Verwaltung, im Heer. Die Sozialisten waren seit jeder Verteidigung der flämischen Sache. Später nahmen sich die Katholiken ihrer auch an. Zur Zeit des Kriegsausbruchs waren aber noch manche Forderungen der Flamen nicht erfüllt. Eine ungeduldige kleine Minderheit stellte sich unter den Schutz der Verfassungsbehörden und von den Deutschen unterstützt, rief sie die Selbstständigkeit Flanderns aus. Die große Mehrheit der Flamen blieb Belgien treu.

Nach der Beendigung des Krieges wurden jene Flamen, die mit Deutschland zusammen gearbeitet hatten, als Landesverräter hart bestraft, dreißig von ihnen sogar zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde aber nicht vollstreckt. Gleichzeitig mit der Verfolgung der Landesverräter wurde die sprachliche Gleichberechtigung der Flamen zum großen Teil verwirklicht.

Dies führte aber nicht zum Absinken der flämischen Bewegung. Die extremen flämischen Nationalisten, die Frontisten — die flämische Mehrheit gehört nicht zu ihnen, sondern zu den Katholiken und den Sozialisten — forderten territoriale Autonomie, manche Nationalisten sprachen sich sogar für die Loslösung von Belgien aus. Durch den Sieg des Stillerismus bekam der flämische Nationalismus einen starken Antrieb. Der scharfe chauvinistische Wind offenbarte sich nicht nur in den Schaffung von kleinen faschistischen Organisationen wie die Dinajo-Gruppe, sondern in der weiteren Radikalisierung der Frontisten und in der Wandlung der flämischen Katholiken. Obwohl die Einheit der großen katholischen Partei grundsätzlich aufrechterhalten wurde, zerfielen sie in der Tat in zwei Teile, in den stärkeren flämischen und den schwächeren wallonischen Flügel.

Diese nationale Radikalisierung der Flamen verleiht dem Antik-Belgien derzeit das Gepräge. Die deutsche Aufrüstung machte den Ausbau der Landesverteidigung zu einer Notwendigkeit. Die Flamen, auch die Katholiken, setzten sich dagegen zur Wehr. Sie stellten verschiedene Bedingungen. Die außenpolitische Neuorientierung ist mit der Armeereform, lebten Endes mit der flämischen Frage innigst verknüpft. Auch die Amnestiefrage ist ein Nebenprodukt der Heeresreform, ein Vorzeichen, das anlässlich der Neugestaltung der Armee den flämischen Katholiken gegeben wurde.

Man darf nicht glauben, daß die flämische Mehrheit den Extremisten, die wie die Worms und andere inzwischen zu Faschisten geworden sind, geneigt. Sie verlangt nur das Vorgehen für Verhandlungen, die vor zwanzig Jahren aus politischen Beweggründen begangen wurden. Die Amnestie wurde übrigens in Etappen zum größten Teil schon längst vollzogen. Der lebten oder vorletzten Rate einer Militär-Amnestie gegenüber wurde jetzt kein besonderer Widerstand entfallen. Der Sturm im wallonischen Lager brach erst dann aus, als die Regierung die Streichung von Nebenstrafen, wie Verlust der politischen Rechte, vorschlug. So oder so sollen die Flamen sein? Das wollte der wallonische Nationalismus nicht schaden.

## Der amerikanische Stahlarbeiterstreik

New York. Am Sonntag fanden in den Vereinigten Staaten zahlreiche Manifestationen für die streikenden Arbeiter statt. In Monroe, einem Zentrum der Streikbewegung, wurde eine Massenversammlung abgehalten. Homer Martin, der Vorsitzende der „United Automobile Workers“ fandte den Industrieverbänden ein Ultimatum, in dem er droht, daß die Streikenden binnen zwei Tagen in Monroe eintreffen werden, sofern die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden. Der Bürgermeister von Monroe antwortete mit der Drohung, Waffengewalt anzuwenden.

John Lewis hat in 15 Kohlenruben der „Republic Steel Corporation“ den Streik angeordnet. Dieser Streik beginnt Dienstag und wird 9500 Bergleute umfassen. Auch in Johnstown wurde der Streik in einer Fabrik der „Bethlehem Steel“ angeordnet, die fast 15.000 Personen beschäftigt. Insgesamt streiken, vor allem im Staate Michigan, an 45.000 Arbeiter. Die Mittelpunkte sind Flint, Detroit, Pontiac und Sagina.

Die Zusammenstöße zwischen Streikführern und Polizisten mehren sich. In Johnstown (Pennsylvania) wurden einige Personen verletzt. Ebenso ist es in Anderson (Indiana) zu einer Schießerei gekommen, bei welcher neun Personen verwundet wurden. Hingegen wurde die Nationalgarde aus Monroe abgezogen, nachdem die Demonstrationen am Sonntag in Ruhe verlaufen waren.

## Zum Schutze des Franc

Die Bank von Frankreich hat Montag ihren Diskontsatz, der am 25. Jänner d. J. um 2 auf 4 Prozent heraufgesetzt worden war, auf 6 Prozent erhöht.

## Zum Schutze des Franc

Die Bank von Frankreich hat Montag ihren Diskontsatz, der am 25. Jänner d. J. um 2 auf 4 Prozent heraufgesetzt worden war, auf 6 Prozent erhöht.

Bei allen diesen Nachrichten ist allerdings zu beachten, daß sie praktisch unter der Kontrolle der großen Unternehmerverbände ausgegeben werden und keinesfalls als verlässlich angesehen werden können, insbesondere soweit sie die gerade in den Vereinigten Staaten berichtigten Aktionen der Unternehmerorganisationen und der diversen Bürgerwehren betreffen.



Selbst im sozialistischen Lager tauchten Gespanne zwischen Ballonen und Flammen auf. Im Generatrat wurden indes diese bald überbrückt. Man suchte und fand eine Lösung, die dem flämischen Verlangen nach Vergessen ebenso Rechnung trug, wie der nationalen Empfindsamkeit der Wallonen. Alle Nebenfragen sollten gelöst werden, aber jene, die wegen Hochverrats zum Tode verurteilt wurden, sollten nicht lösbar sein. Die sozialistische Partei muß in der Amnestiefrage als eine Einheit auftreten, rief Van der Velde im Generatrat der Partei aus. Und die einzige unter den großen Parteien Belgiens, die einheitlich auftrat, war die sozialistische.

Bei den bürgerlichen Parteien herrschte die größte Kopflosigkeit. Die katholischen Wallonen verwarfen im ganzen den Entwurf, die flämischen Katholiken stimmten für ihn. Die überwindende Mehrheit der Liberalen wandte sich gegen die Amnestie. Nur das einheitliche Verhalten der Sozialisten — die Regel wurde durch verschwindende Ausnahmen bestätigt — rettete das Schicksal der Amnestie und dadurch das Land vor einem Chaos.

Bei der Amnestiefrage spielten nicht nur nationale Beweggründe, sondern auch soziale Hintergründe eine Rolle. Die Sozialisten traten nicht nur gegen die Aufspaltung chauvinistischer Leidenschaften, sondern auch gegen die Ausnützung dieser Leidenschaften zu sozialreaktionären Mächenschaften auf. Viele Liberale und manche Katholiken akrobatisierten die nationalistische Welle gegen die soziale Politik der Regierung aus. Der kräftige Ausbau des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung, die finanzpolitischen Entwürfe des sozialistischen Finanzministers, wie die Bekämpfung der Devaluierungsgewinne und die Stärkung der Bankentrolle, sind ein Dorn im Auge gewisser kapitalistischer Kreise. Diese Kreise stellen gleichzeitig den flämischen wie den wallonischen Chauvinismus in den Dienst ihres Manövers gegen die verhasste Regierung.

Am besten wird die Lage durch die Haltung der Regierung gekennzeichnet. Sie nahmen an Madagascaren der wallonischen Frontkämpfer teil und manche von ihnen gaben Erklärungen ab, daß sie aus Sympathie zu den Flammen gegen die Amnestie stimmten. Ihr politisches Ansehen wird ihnen nicht viel nützen. Nach den Enthüllungen und dem Rücktritt Hubert d'Alvalles, des Chefredakteurs ihres Hauptorgans, wächst die Zerrüttung im reaktionären Lager und ergänzt das Bild des Zerfalls der bürgerlichen Parteien.

Denn die großen bürgerlichen Parteien werden von den nationalen Gegenpartei in immer höherem Maße unterwühlt. Den festen Pol in der Nacht der politischen Erscheinungen — und dies wird von vielen bürgerlichen Wählern anerkannt — bildet die sozialistische Partei. In der Regel halten die christlichen Demokraten zu ihr, obwohl die Kommunisten sich vor den Abstimmungen stets oppositionell gebärden, stimmen sie, wenn es sich um die Existenz der Regierung handelt, wie in der Amnestiefrage, für die Regierung.

Es ist schwer festzustellen, ob die Krise völlig überwunden ist. Der Kampf um die Amnestie bezeugt, daß eine Lösung gegen die Sozialisten kaum denkbar ist. In dem mehrsprachigen Lande vertritt der Sozialismus den Gedanken der nationalen Toleranz und wo chauvinistische Kräfte den Rahmen des Staates zu sprengen drohen, bildet er das eigentliche Zement der Nation.

**Kommunisten-Verbot in der Schweiz**

Bern. (SW) Bei der Volksabstimmung in Genf wurde ein Gesetz angenommen, durch das die kommunistischen Organisationen und alle vom Auslande abhängigen Organisationen verboten werden, die als Feinde des Staates und der öffentlichen Ordnung angesehen werden.

**Die Scheidung**

Von W. Schischkow

Es lebten auf dieser Erde ein Galte mit seiner Gattin, Jwan und Maria Petrowowna, Weber alle beide. Zehn Jahre lebten sie einig und in Frieden; es gab zwar hin und wieder Krach, aber nicht mehr als üblich seit alterher nach den Gesetzen der Natur: denn in der Natur da geht es Bahn um Jahn, sogar die wilden Wölfe zanken sich, warum sollen da die Menschen in Frieden leben, da sie doch vom Affen abstammen?

Aber einmal, vor kurzem, da geschah das Malheur und dabei in ganz nächstem Zustande. Das Malheur endete leider mit einer Scheidung. Das Malheur plagte nicht mit einmal in ihr Leben, nein, wie ein Kräuel rollte es sich allmählich immer mehr auf: heute ein Fädchen, morgen eine Strippe, übermorgen ein ganzes Seil. Und dieses Seil erwürgte ihre Seelen.

Das Zerwürfniß hatte zwei Ursachen. Die eine war der Glaube an Gott, die andere eine Bera im roten Kostüch, auch eine Weberin. Maria war aus angeborener weiblicher Schwäche religiös, Jwan dagegen Freidenker. Als in der Dorfversammlung beschlossen wurde, die Kirche in ein Theater zu verwandeln, wurde Maria rabiat, aus Rache und gemäß der Ideologie nahm Jwan zu Hause alle Heiligenbilder von den Wänden und hürte:

— Du bist Beras keinen Finger nicht wert,

**Dr. Hodžas Staatsberuch in Bukarest**

Brag. Sonntag abends reiste der Vorsitzende der Regierung Dr. Hodža vom Wilsonbahnhof zu dem Staatsbesuch nach Rumänien ab. In seiner Begleitung befanden sich u. a. Sektionschef Wittermann, der Chef der volkswirtschaftlichen Abteilung des Ministerpräsidentenbüros, vom Außenministerium Ministerialrat Dr. Cerma, vom Pressedepartement Ministerialrat Schmoranz und vom Verteidigungsministerium Oberstleutnant Pila. In Bukarest schloß sich dem Gefolge des Ministerpräsidenten der Generalsekretär der Volkswirtschaftsministerie der Kleinen Entente Ing. Sabreka an. Mit dem gleichen Zuge reiste auch der rumänische Gesandte in Prag Aurelijan nach Bukarest ab.

In der Grenzstation Halmei-Titusescu wurde Dr. Hodža namens der rumänischen Regierung begrüßt. In Satu Mare erklärte Dr. Hodža in seiner Antwort auf die herzliche Begrüßung, sein Besuch habe den Zweck, die rumänisch-tschechoslowakischen Beziehungen zu vertiefen. Die Kleine Entente, die eine historische Notwendigkeit sei und deren Zusammenschluß eine allgemein empfundene Wirklichkeit darstelle, erhalte immer größere Bedeutung. Auch in Oradea Mare betonte Dr. Hodža, daß die immer mehr sich konsolidierenden Beziehungen der beiden Länder innerhalb der Kleinen Entente eine

starke Garantie für den Weltfrieden seien; sein Besuch gelte der Behandlung wichtiger Fragen mit den Vertretern Rumäniens und Jugoslawiens. Diese Besprechungen würden die Kleine Entente noch tiefer konsolidieren.

Dr. Hodža wird am Dienstag in Bukarest eintreffen und sich dort bis Mittwoch aufhalten. Am Mittwoch wird er dann mit dem Ministerpräsidenten Tatarscu nach Turn-Severin fahren, wo die beiden Staatsmänner, denen sich in Kladovo der jugoslawische Ministerpräsident Stojadinowić anschließen wird, eine Donaufahrt unternehmen werden. Auf dem Schiff werden die Ministerpräsidenten der Kleinen Entente die Beratungen fortsetzen, die Dr. Hodža während seines Bukarester Aufenthaltes mit dem Ministerpräsidenten Tatarscu und dem Außenminister Antonescu haben wird.

Paris. Der „Temps“ widmet dem Besuch Dr. Hodžas in Bukarest einen Leitartikel, in dem er u. a. der Erwartung Ausdruck gibt, daß die geplante Zusammenkunft eine ziemlich bedeutungsvolle militärische und wirtschaftliche Festigung der Kleinen Entente haben werde.

**Die politische Arbeit**

Die Arbeiten der beiden Häuser der Nationalversammlung werden nun in ein rascheres Tempo geraten, da es der Regierung gelungen ist, die Standpunkte der einzelnen Koalitionsparteien einander näherzubringen. Das wirtschaftliche und sozialpolitische Ministerium hat in der letzten Zeit fleißig getagt und das Vorkriegsprogramm ist von dieser Seite her erledigt. Von bedeutenden Angelegenheiten, die das Parlament zu erledigen hat, bleiben das Gesetz über die Wehrerziehung, die Frage der Gehaltsabzüge der Richter und die Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes. In letzterer Hinsicht hat der Ministerpräsident selbst erklärt, daß die Regierung nicht das Verlangen habe, daß die Ermächtigung in dem bisherigen Umfang weiter Geltung haben solle. Andererseits gibt es terminierte Vorlagen, die einer Erledigung bedürfen.

Was die Zuckerfrage betrifft, sind, wie aus den Mitteilungen des Vorsitzenden des Ernährungsausschusses Abg. Jaksch hervorgeht, zunächst gewisse administrativ-technische Fragen zu lösen, die mit der Londoner Zuckerkonferenz in Verbindung stehen. Die Erledigung dieser Seite des ganzen Komplexes darf aber kein Hindernis für die Herabsetzung des Zuckerpriests noch im Sommer dieses Jahres sein. Wie die Verhandlungen des Ernährungsausschusses gezeigt haben, ist die Preisherabsetzung gerechtfertigt und daher notwendig. Die Kundgebung der Genossenschaften am Samstag hat die Forderung ebenfalls einstimmig erhoben und es ist Zeit, daß die Regierung dem Willen der Bevölkerung in dieser Frage Rechnung trägt.

**Das Landwirtschaftsministerium und die Arbeitslosenunterstützung**

Zu unserer sonntägigen Meldung erhalten wir vom Landwirtschaftsministerium folgende Zuschrift:

„Das Fürsorgeministerium hat einen Regierungsentwurf des Gesetzes über die Regelung des Staatszuschusses zur Unterstützung arbeitsloser Saisonarbeiter ausgearbeitet und dem interministeriellen Anmerkungsverfahren übergeben. Das Landwirtschaftsministerium hat dem Fürsorgeministerium seinen Standpunkt und seine Anträge bekanntgegeben, welche es der größeren Uebersichtlichkeit und Genauigkeit halber in Form eines entsprechenden Entwurfes formuliert.“

Analog ging das Landwirtschaftsministerium auch in bezug auf die provisorische Regelung des Staatszuschusses zur Arbeitslosenunterstützung vor, deren Wirksamkeit mit dem 30. Juni 1937 terminiert ist; in seinen Anträgen ist das Landwirtschaftsministerium von den Anträgen des Memorandums des Finanzministeriums über die Notwendigkeit einer Reform der Arbeitslosenfürsorge ausgegangen.

In beiden Fällen waren die Anmerkungen des Landwirtschaftsministeriums, welche auch die entsprechenden Entwurfsentwürfe enthielten, an das Fürsorgeministerium mit dem Ersuchen adressiert, sie als Verhandlungsgrundlage zu nehmen. Wenn das Landwirtschaftsministerium im interministeriellen Verfahren seine Anmerkungen und Vorschläge betreffend die Regelung der Arbeitslosenfürsorge vorbrachte, griff es also in keiner Weise in die Kompetenz des Fürsorgeministeriums ein, was auch daraus hervorgeht, daß es das Präsidium des Ministerates nicht ersuchte, über seine Anträge ein besonderes Anmerkungsverfahren einzuleiten.

Diese Information des Landwirtschaftsministeriums geht auf den sachlichen Inhalt unserer Meldung nicht ein — es handelt sich bekanntlich um eine schwere Gefährdung der Saisonarbeiter und um die Einführung neuer verschärfter Kontrollmaßnahmen über die Arbeitslosen überhaupt — sondern befaßt sich ausschließlich mit der formalen Seite. Sie ist weder in sachlicher noch in formaler Hinsicht geeignet, etwas an dem zu ändern, was wir gesagt haben. Aus der Tatsache, die auch in der Erklärung des Landwirtschaftsministeriums angeführt und sogar unterstrichen wird, daß nämlich dieses ressortmäßig nicht zuständige Ministerium zwei vollständige Gesetzesentwürfe ausgearbeitet und sogar das Ersuchen ausgesprochen hat, diese Vorgehenwürde als Grundlage der Verhandlungen zu nehmen, geht zur Genüge hervor, daß hier weit über das sonst im interministeriellen Anmerkungsverfahren übliche Maß hinausgegangen wurde. In der Information des Landwirtschaftsministeriums kann nur eine Bestätigung dafür erblickt werden, daß von dieser Seite ein scharfer Angriff auf die Arbeitslosen beabsichtigt war und ist.

**Der Kongreß der Internationalen Union der Vereinigten für den Völkerverbund in Preßburg.**

Auf Einladung der tschechoslowakischen Vereinigung für den Völkerverbund tritt in der Zeit vom 28. Juni bis zum 8. Juli in Preßburg der Kon-

**Allein sind wir nichts,**

zusammen sind wir alles, Arbeiter, Jugendliche und Kinder feiern deshalb gemeinschaftlich den Kindertag!

gref der Internationalen Union der Vereinigten für den Völkerverbund zusammen, dessen Ehrenprotektorat Ministerpräsident Dr. Hodža übernommen hat. Der Kongreß wird mit einer Plenarsitzung am 2. Juni vormittags mit einer Kundgebung des Vorsitzenden der Internationalen Union Senators Kollin eröffnet werden. Hierauf wird den Kongreß Ministerpräsident Dr. Hodža begrüßen, der am gleichen Abend zu Ehren der Mitglieder der ausländischen Kongreßdelegationen ein Dinner veranstaltet. Am 30. Juni und am 1. Juli werden die einzelnen Kommissionen Sitzungen abhalten und die Kongreßhandlungen finden am 2. Juli mit einer Plenarversammlung ihren Abschluß.

Jugoslawischer Fliegergeneral in Prag. Montagsvormittags landete auf dem Militärflugplatz in Kbelch bei Prag ein jugoslawischer Bomber, in welchem der jugoslawische Fliegerkommandant General Stojadinowić samt Begleitung zum Besuch des tschechoslowakischen Fliegerwesens eintraf. Zur Begrüßung hatten sich u. a. die Generale Jaffe, Weiss, Dr. Bobrátilk und Ronger eingefunden. Die Gäste werden sich bis zum 26. Juni in Prag aufhalten und die Flugausstellung, sowie Flugzeugfabriken besuchen.

**Die spanische Jugend hinter der Regierung Negrin**

Valencia. Die erste Nummer der Landesausgabe der Zeitung „Agora“, der Madrider Organisation der Vereinigten Sozialistischen Jugend, die heute erschien, bringt einen großen Artikel des Generalsekretärs der Vereinigten Sozialistischen Jugend, Santiago Carillo. Der Autor erklärt vor allem, daß die Vereinigte Sozialistische Jugend und mit ihr die ganze Jugend Spaniens die Regierung Negrin unbedingt unterstützen. Carillo hebt hervor, daß die spanische Jugend echte Helden der republikanischen Volksarmee hervorgebracht hat, und weist darauf hin, daß die Jugend den Kampf gegen den Faschismus als ihre eigene Sache betrachtet, da sie von dem Sieg ein glückliches und freies Leben im Heimatlande erwartet. Carillo zählt die Forderungen der Jugend auf und betont die Notwendigkeit, militärische Schulen zu organisieren, die nicht nur wertig zugänglich sind, wie dies früher der Fall war. Die Jugend — erklärt Carillo weiter — fordert die Schaffung von landwirtschaftlichen Schulen, sowie von Schulen, in denen die Kriegswunden auf neue Berufe umlernen können. Die Regierung muß den Strohbrücken und den technischen Schulen Hilfe erweisen. Es müssen Maßnahmen zur Liquidierung des Analphabetentums und zum Schutz der Mutterschaft ergriffen werden.

**Papen bei Hitler**

Wien. Der deutsche Botschafter in Wien von Papen weist wieder in Berchtesgaden beim Reichskanzler Hitler.

**Für den Kriegsfall . . .**

Johannesburg. In der Südafrikanischen Union wurde ein Kriegsversorgungsrat gebildet, der die Aufgabe hat, für die Konstriktion und hinreichende Vorräte des in der Union erzeugten Materials für den Kriegsfall zu sorgen.

**Jerusalem. Auf den Kommandanten der Palästina-Polizei, Spicer, wurde ein Revolveranschlag verübt.**

Vier Schüsse wurden von unbekanntem Tätern abgegeben. Spicer selbst blieb unverletzt, wogegen sein Chauffeur Verletzungen davontrug.

Wenn man sich's kritisch bezieht . . . Und wie hab ich's so lange mit dir ausgehalten . . .  
 „Hui Teufel — spuckte die Frau aus.  
 „Ue Weitere ist verständlich.“

Nach der Scheidung betrauten sie das Zimmer wie zwei Fremde. Der Mann hatte sich ein Pfund Wurst besorgt; sie einen Hering und einige Dregel. Jeder schaut schweigend in seiner Ede. Jwan suchte vergeblich nach einem Messer, aber zu fragen verbot ihm sein Ehrgefühl. Er knabberte an der Wurst und dachte: „Jetzt bin ich also frei. Kann tun und lassen, was ich will“ — und dann biß er wieder erbittert in die Wurst. Maria laute eifrig an dem Hering und trank Tee dazu.  
 „Eine Tasse Tee war' gar nicht übel — dachte Jwan — sie gibt's aber sicher nicht. Ist wüthend.“

Er ging auf Zehenspitzen zur Wasserleitung, trank und begann, als schäme er sich seiner Kleinmütigkeit, sorglos zu trällern:  
 — „Ich bin allein auf weitem Fluur . . .“  
 Maria gähnte, warf einen Blick auf die Wanduhr — es war zehn — und begann das Bett aufzubeden.  
 Dreh' dich weg! — rief sie Jwan zu, wie einem zubringlichen Bettler. — Jetzt bist du Luft für mich. Ich will mich jetzt ausziehen. Kannst deine Berka anziehen, so viel du Lust hast.  
 Jwan schaute weg. Maria zog sich aus, bekreuzigte das Kissen und stieg ins Bett.  
 — Na, darf ich mich jetzt umbrechen? — fragte Jwan. Aber er erhielt keine Antwort.

Wo sollte er sich aber hinlegen? Ein Sofa gab es nicht. Auf Stühlen vielleicht?  
 „Hol's der Teufel . . . ich schlaf auf dem Fußboden.“

Maria schlief fest. Jwan schlief unruhig. Am nächsten Morgen mußte Jwan sich wieder wegdrücken.  
 In der Fabrik erkundigten sich Jwan und Maria bei ihren Kollegen, ob nicht jemand irgend ein Zimmerchen wüthte? Aber woher . . . so was gab's nicht.  
 — Das gab's früher: da konnte man so viel Zimmer haben, wie man wollte . . . Na, und jetzt, wenn man sich, Gott behüte, scheidet . . .

Die zweite Nacht nahte.  
 — Heute bin ich aber dran, im Bett zu schlafen . . . Es ist nicht dein Bett, es ist gemeinam, — sagte Jwan.  
 — Dreh' dich weg — sagte Maria, zog sich aus und streckte sich auf dem Fußboden aus. Jwan schlief fest. Maria schlief unruhig; der Fußboden war hart.  
 Es kam die dritte Nacht. Jwan las die Zeitung hervor, breitete es absichtlich vor Jwans Nase auf dem Tisch aus und begann ein rosa Bändchen durchzugziehen. Jwan schielte auf das Hemd, räusperte sich und bemühte sich vergeblich, in die nächste Reihe zu gelangen; sein Kopf weigerter sich, das Gelesene zu verstehen, vor den Augen wirbelten Frauenhemden, weibliche Körper — der seiner Frau oder der Weberin Bera — das war egal.

— Schau weg, ich will das Hemd wechseln — sagte Maria.  
 Es schien Jwan, als hätte Marjas Stimme anders als früher. Er lehnte sich ab und rieb sich die Augen. In dem kleinen Spiegel sah man einen Teil des Bettes. Maria schlug die Decke zurück, und das Hemd glitt ihr von der Schulter. Jwan stockte das Herz, dann begann es wie wild zu hämmern. Um nicht das Spiegelbild des kräftigen Frauenkörpers zu sehen, schloß Jwan gemäß der Ideologie die Augen, machte sie aber gleich wieder auf.

Als er sich auf dem Fußboden ausstreckte, dachte er:  
 — „Man muß irgendeine Schlafgelegenheit zu rechtimmern. Hol's der Teufel, diese Scheidung. Nichts hat man vorausbedacht.“  
 In der fünften Nacht, als Jwan auf dem Fußboden schlafen mußte, sagte er:  
 — Hör mal. Es ist undenkbar, ohne Matratze auf dem Fußboden zu schlafen. Wenn man sich sozusagen die Sache kategorisch überlegt, so können wir, der eine wie der andere, beide auf dem Bett schlafen, wenn wir uns dementsprechend benehmen.  
 Maria überlegte und sagte ärgerlich:  
 — Reinetwegen! Aber Rücken an Rücken.  
 — Aber sicher! — rief Jwan. — Dementsprechend . . . und so weiter.  
 Na, war das schön! Im Zimmer waren acht Grad, und der Rücken wurde so schön gewärmt. Aber man mußte sich doch an die Ideologie halten. (Schluß folgt.)



# Judetendentscher Zeitpiegel

## Gebietstagung der westböhmisches Selbstverwaltungskörper

Am 12. und 13. Juni wurde in Eger eine Tagung der Gemeinden des Karlsbader Wahlkreises abgehalten, die aktuellen Fragen galt.

Das Referat über die Gemeindefinanzen erstattete Dr. Franke, der, von der Feststellung ausgehend, daß das Abgleiten der Gemeindefinanzen zum Stillstand gekommen und ein mögliches Steigen der Gemeindefinanzen wieder zu verzeichnen ist, die Anträge von Geldern in Kommunalgebieten als immer noch die günstigste und sicherste bezeichnete. Die Gemeindefinanzen werden von einer Reihe von Faktoren, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, ganz wesentlich beeinflusst, so wie der Wirkungsbereich der Gemeinden durch andere Gebiete auf fast alle Gebiete des öffentlichen Lebens erweitert wurde. Dazu gehört vor allem das Staatsbudget, die Ausgaben, in dem übrigen die Institution der Regierungen und Sekretäre bereits verankert ist. Deren Einschätzung wird meistens in einem weiteren Zeitpunkt wieder aktuell werden.

Bei der Debatte sind die Umlagenübergriffe vermindert und der Zustand vor der Krise wieder hergestellt worden. Die Einführung neuer Umlagen, auf die die Landesbehörde drängt, ist nicht mehr lobend und auch wirtschaftlich unrichtig. Um die Schuldenregelung zu hat sich nur ein Teil der Gemeinden betreten, weil derselben nur jene teilhaftig werden, die eine Zuweisung aus dem Landesfonds erhielten. Die außerordentliche Schuldenregelung wird noch längere Zeit auf sich warten lassen.

Den Gemeindevorstehern werden jetzt tausende und zehntausende Kronen zum Ersatz für angelegene Nichterhaltung der Vorschriften in der Ernährungsangelegenheit vorgeschrieben. Diese Vorschriften sind unangenehm. Die Gemeindevorsteher haben in schwerer Zeit für Ruhe und Ordnung gesorgt, sich um die Arbeitslosen gekümmert und sich redlich bemüht, sie haben aber nicht erwartet, daß sie nun für kleine Verstöße haftbar gemacht werden.

Dr. Bedmann berichtete zunächst über das Sprengelbüreau. In den Bestimmungen dieses Gesetzes über die Bedeutung des Sachaufwandes, die diesen je zu einem Drittel dem Schuldistrikte, dem Bezirke und dem Lande übertragen, scheiterte bisher die Durchführung des Gesetzes.

In der Mehrzahl der Bezirke ergibt sich die Unmöglichkeit der Bedienung des auf sie entfallenden Aufwandes. Der Sachaufwand für die Erhaltung der Bürgerschulen erfordert durchschnittlich 6000 Kč für jede Klasse, der Aufwand für die Reinigung und Amortisierung der bisher nicht gezahlten Schulden durchschnittlich 9000 Kč für jede Schule, der durchschnittliche Aufwand für jede neue zu errichtende Klasse, die infolge der Erweiterung des Pflichtschulbesuches erforderlich wird, beträgt durchschnittlich 24.000 Kč. Von den 107 Bezirken Böhmen sind derzeit nur 15 selbständige Bezirke und die Stadt Reichenberg imstande, den Aufwand zu decken, unter welchen Bezirken sich 13 deutsche befinden.

Das wesentliche Interesse der deutschen Öffentlichkeit wendet sich der II. Etappe des Sprengelbüreaugesetzes an, die die Neuerrichtung solcher Schulen enthalten soll, da sie die Möglichkeit bieten kann, das ungünstige Verhältnis in der Anzahl der deutschen Bürgerschulen gegenüber den tschechischen Bürgerschulen zu beseitigen. Leider enthält das Sprengelbüreaugesetz selbst darüber keinerlei Zwangsbestimmungen, so daß mit der Neuerrichtung deutscher Bürgerschulen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

Dr. Bedmann berichtete dann über die Errichtung staatlicher Polizeibehörden in deutschen Gemeinden. Bisher sind in 82 deutschen Bezirken solche staatliche Polizeibehörden errichtet worden, deren Sprengel sich in der Regel auf einen ganzen Gerichtsbezirk erstrecken. Der einseitliche polizeiliche Wirkungsbereich der Gemeinden ist nur in 25 deutschen Gemeinden von der Staatspolizei übernommen worden, in den restlichen Gemeinden nur das Polizeiwesen. In diesen Gemeinden wurde daher die Polizeiaufsicht nach Paragraph 18, Abs. 2 zu Unrecht verlagert.

In einer Entschließung forderte die Tagung, daß der Gesundheitsprozeß der Gemeinden, der noch lange nicht beendet ist, durch neue gesetzliche Maßnahmen finanzpolitisch gefördert werde und daß der Staat nunmehr für jede Neubelastung der Gemeinden auch die erforderliche Bedeckung schaffe, anstatt es den Gemeinden zu überlassen, sich um diese Bedeckung selbst zu kümmern. Mit besonderem Nachdruck verlangen die Selbstverwaltungskörper die Wiederherstellung der eigenen verantwortlichen Finanzwirtschaft.

Jugend nächtigen. Das Heim ist von einem schönen Garten umgeben und ganz hinter Bäumen versteckt.

An die Feier schloß sich ein freies Jugendtreffen, das bis in die Abendstunden währte.

## Nazi-Propaganda bei der Jugendfürsorge

Die Deutsche Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge hielt Samstag und Sonntag in Leitmeritz ihre Hauptversammlung ab. Im Rahmen dieser Hauptversammlung wurde Samstag abends eine Begrüßungsfeier veranstaltet, in der u. a. auch der SdP-Landesausführungsleiter Theo Reil sprach.

Er überbrachte die Grüße „des Führers der Sudetendeutschen“ und erklärte, daß die SdP gegenwärtig umsetzen möchte die Spielregeln der Demokratie anerkennen muß, weswegen aus der Volkswirtschaft eine Partei wurde. Aber die Ziele der Partei seien die gleichen geblieben. Seit 1933 habe auch die Jugendfürsorge ein neues Gesicht ergriffen. Darüber freue sich die SdP und sie müsse in diesem Zusammenhang besonders auf die Mutterschulung hinweisen. — Nach diesen Feststellungen hatte Reil die Mühseligkeit, zu behaupten, die Mitarbeit der SdP bedeute keine Politisierung der Jugendfürsorge.

Bei den Ergänzungswahlen — es scheidet kein sozialdemokratisches Vorstandsmitglied aus — wurde auch der Klubsekretär der SdP, Ing. Höb, gewählt, der seinerzeit als Přebuzer Sekretär der Jugendfürsorge SdP-Politik gemacht hat. Ein SdP-Mann gab anlässlich der Wahl eine Erklärung ab, in der er sagte, daß er im Namen derjenigen, die erst seit kurzer Zeit in der Jugendfürsorge mitarbeiten, den Wunsch ausspreche, man möge die Vorschläge der Bezirkskommissionen stärker berücksichtigen. Das hängt mit dem Bestreben der SdP zusammen, durch Mitgliederanmeldungen die Bezirkskommissionen in ihre Hand zu bekommen.

Die Wahl des Herrn Höb wurde mit Beifall aufgenommen. An diesem Beifall beteiligte sich, nach berühmten Mustern, auch Höb selber.

## Henleins Freunde

Das Maiheft von „Volk und Führung“, Seite 248, schreibt richtig: „... so lennzeichnet die Ueberlegung, die Konrad Henlein in seinem Intebiet mit dem Außenpolitiker des „Berliner Tageblattes“ Rudolf Fischer als eines der Hauptmotive der Gesetzesanträge herausstellte, gerade diese Funktionen einzuheben.“

Wer ist dieser Hauptmotive des Herrn Henlein ohne alle Ueberlegung, daß er auch anderwärts bekannt sein könnte, entscheidend kennzeichnende NS-Funktionär Rudolf Fischer? Antwort:

ein sudetendeutscher Emigrant und Ueberläufer aus Gablons, rechte Hand des Freidenkerführers Dr. v. Loesch im „Volk und Reich“-Verlag, Roldamer Straße 7a. Vor zwei Jahren noch holte Diehl von ihm „Mammheimlich“, wie man in der Roldamer Straße sagt, die Loesch-Direktiven. Heute verkehrt Herr Henlein ganz öffentlich mit ihm.

## Zum Fall Fischern

Von amtlicher Seite wird die Meldung, daß die Bezirksbehörde Karlsbad die Ersetzung eines pensionierenden Beamten der Stadt Fischern durch einen Tschechen und Referierung dreier weiterer Beamtenstellen für Bewerber tschechischer Nationalität aufgetragen habe, demontiert. Der Karlsbader „Volksbote“ schreibt hierzu, daß die Nachricht von einer Stelle kam, die nach der Sachlage ausgerechnet informiert sein mußte. Das Blatt erwartet, daß die Landesbehörde den Fall ordentlich untersuchen und dann die nötigen Entscheidungen treffen werde. Man werde natürlich den Regierungsverantwortlichen der Stadt und die städtischen Beamten vernehmen müssen. Das Blatt deutet an, daß die obigen Forderungen möglicherweise nicht direkt von der Bezirksbehörde, sondern vom Regierungsverantwortlichen von Fischern, einem Oberarzt der politischen Bezirksverwaltung, gestellt wurden. Wir werden über diese Angelegenheit noch ausführlicher berichten.

## Zunächst ein Auto Die Forderung eines Nazi-Funktionärs

Die Landwirtschaftsvereinigung Schlesiens wählte den SdP-Funktionär Rudolf Fischer aus Komotau bei Nagenendorf zu ihrem Vorsitzenden. Der neue Obmann hat als erste Forderung die nach der Weistellung eines Autos erhoben, für das seinem Wunsch auch die Erhaltungskosten von der Landwirtschaftsvereinigung getragen werden sollen. Die bisherigen Obmänner haben eine solche Forderung selbstverständlich nicht gestellt.

## Großfeuer in einem Böhmerwaldort 10 Anwesen von Kleinbauern vernichtet

In Wusleben im Gerichtsbezirk Pörschberg ging Montag nachmittags ein schweres Gewitter nieder, wobei ein Blitz in das Anwesen des Kleinbauern Josef Hubner einschlug, eine Kuh tötete und ein Feuer verursachte, das das ganze Anwesen vernichtete. Infolge des herrschenden Sturmwindes griff das Feuer auf

## Gegen Fachismus und Verklavung! Für Freiheit und Menschenrecht!

Unter diesem Motto marschieren unsere RW-Genossen in Aussig beim Reichsaufmarsch vom 3. bis 5. Juli 1937.

## Raubmordversuch am Rauchberg — Todesurteil

Vor der Verhandlung über die Familientragodie in Neureichen — tagte die Schwurgerichtshandlung über den Raubmordversuch am Rauchberg bei Rumburg.

Die Tat löste seinerzeit eine starke Erregung aus, da es sich um ein raffiniert durchgeführtes Unternehmen handelte! Nun wurde der Mörder vom Schwurgericht in Böhmisches-Weiß zum Tode verurteilt!

## Bekehrt aus Hitlers Reich zurück

Die „Volksgemeinschaftler“ Bergmann und Mirz aus Michelsberg (im Tachauer Gebiet) waren ins gelobte Dritte Reich gepilgert und besaßen in einer Fingerei bei Selb in Bayern Beschäftigung, das heißt: 9 1/2 Stunden täglich Arbeit, geringen Lohn, Nichtigkeit in einer Waschküche im Keller, Fidorienbrüche und so weiter. Kurzum: Die beiden kamen sehr bald wieder nach Michelsberg zurück. Hoffentlich ergötzen sie den Kameraden genau, wie sich in dem Lande lebt, das Herrn Henlein einen Hochswagen schenkte.

Eine DSA-Vertrauensmänner-Konferenz für den Bezirk Karlsbad beschaffte sich eingehend mit der Vorbereitung des Gemeindevahlkampfes und mit der Durchführung des Offensiv-Fonds. In der Debatte kam einmütig



Nach einem in der SdP-Presse abgedruckten Photo

Henlein bekam ein Spinnrad geschenkt „Spinnt er nicht ohne Spinnrad schon genug?“

der Wille zum Ausdruck, alles daran zu setzen, um diesen Wahlkampf erfolgreich zu gestalten. Die Konferenz befaßte sich dann noch mit dem für Ende August geplanten Bezirksarbeitertag in Mairhofen.

„Deutsche Hochschülerchaft“ sabotiert Studentenfürsorge. Die für heute abends im großen Handwerkeraal in Prag angelegte Protestkundgebung der deutschen Studentenverbände gegen die Benachteiligung der deutschen Studenten bei der Stipendienverteilung findet nicht statt, da die „Deutsche Hochschülerchaft“ es ablehnt, an einer Kundgebung teilzunehmen, an der auch die Kommunisten teilnehmen. Durch diesen Schritt der „Deutschen Hochschülerchaft“ wurde die gemeinsame Aktion aller deutschen Studenten unmöglich gemacht und dadurch die Interessen der deutschen Studenten schwer geschädigt.

## Wo ist Hans Wiechmann?

(Zf) Im nationalsozialistisch regierten Danzig haben sich unter den Augen des Völkerverbundskommissars Wild-West-Justiz entwickelt. Als der Nazi-Senat festgestellt hatte, daß Polen sich nur um das Schicksal der Danziger polnischen Nationalität kümmert und die vom Völkerverbund eingeleitete Dreier-Kommission der Außenminister Englands, Frankreichs und Schwedens nicht eingriff, wurde eine förmliche Treibjagd auf Gewerkschafter, auf Sozialdemokraten und auf Funktionäre der katholischen Zentrumspartei veranstaltet.

Bei den letzten Wahlen haben die Nazis trotz brutalsten Terrors keine Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht. Sie brauchen die Zwei-Drittel-Mehrheit, um die in der Praxis längst beseitigten Freiheitsrechte der Danziger Verfassung formell zu beseitigen. Einige oppositionelle Abgeordnete wurden daher gezwungen, auf ihr Mandat zu verzichten, andere wurden außer Landes gejagt. Als Nachfolger rückten Nazis ins Parlament. Einige Abgeordnete ließen sich zum Beitritt zur Nazifraktion zwingen.

Der Eisenbahner Hans Wiechmann wich dem Druck nicht, er blieb Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, als deren Kandidat er gewählt worden war. Er wurde schikaniert, terrorisiert, verhaftet. Seit dem 25. Mai ist er verschwunden. Er war wieder einmal verhaftet worden, wurde freigelassen — dann hat niemand ihn wiedergesehen. Wurde er im Dritten Reich verschleppt? Wurde er ermordet?

Hans Wiechmann ist den Nazis als aufrechter Gewerkschafter verhaftet. Er hat 1933 sofort nach der Verdrängung der deutschen freien Gewerkschaften in Danzig den freigewerkschaftlichen „Verband der Eisenbahn- und Hafenausfuhrbediensteten“ gegründet, der der Internationalen Transportarbeiterföderation beitrug. Die Nazis haben diese Gewerkschaft zerstückelt, sie haben die Funktionäre der Gewerkschaft verhaftet. Jetzt liegen sie Hans Wiechmann verschwinden!

Die Vorkonferenz der Arbeiterdelegierten und technischen Beiräte (ATB) der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, auf der 24 Länder vertreten waren, hat einen energischen Protest gegen die Verhaftung des Danziger Sozialdemokraten Wiechmann erhoben, der widerrechtlich nach Deutschland verschleppt worden ist. Die Telegramme an den Völkerverbund und den polnischen Ministerpräsidenten in Warschau haben folgenden Wortlaut:

„Die Arbeiterdelegierten des ATB aus 24 Ländern auf der Internationalen Arbeitskonferenz erfahren mit Empörung die Verhaftung des Abgeordneten Wiechmann, Beamter der polnischen Eisenbahnen in Danzig durch die Danziger Polizei und seinen Abtransport nach Deutschland. Sie drücken ihre tiefe Ueberraschung aus, daß Völkerverbund und Polen nicht intervenieren, die verantwortlich sind für die Respektierung der Danziger Verfassung.“



# Tagesneuigkeiten

## Die Zerstörung einer Kulturorganisation

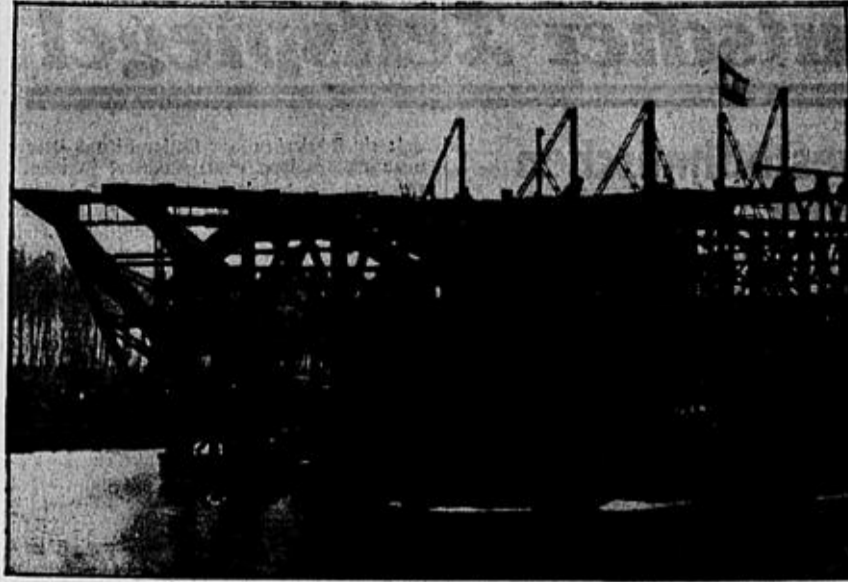
Den Verfall der österreichischen Sektion des Arbeiterwanderbundes „Die Naturfreunde“, schildert in der Wiener Tageszeitung „Tag“ (am 21. Mai) der „neugewählte“ Obmann der Wiener Landesleitung der von der katholischen Diktatur gleichgeschalteten „Bergfreunde“, Dr. Matejka: „Gerade diese Kulturorganisation der österreichischen Arbeiter- und Angestelltenchaft, die in ihrer besten Zeit bis zu 100.000 ordentliche Mitglieder umfaßte, mußte nach dem Februar 1934 eine deprimierende Entwicklung durchmachen. Man löste sie auf, man überantwortete sie, beziehungsweise ihr Vermögen einer Treuhänderschaft, die einer großen Aufgabe nicht gewachsen war und deren Tätigkeit unter Ausschluß der gesamten Mitgliedschaft das nicht unwesentliche Vermögen völlig (!) verzehrte. Was früher in jahrzehntelanger idealistischer Tradition vielfach ehrenamtlich gemacht worden ist und von Tausenden von Menschen, sollte nun von amtlich eingesetzten und bezahlten Treuhändern gemacht werden. Ganz selbstständig, daß auch nach Reaktivierung der aufgelösten Organisation unter dem Vereinsnamen „Bergfreunde“ die große Masse der Mitglieder beharrlich abseits stand...“ — In der österreichischen Arbeiterschaft gilt es wirklich als „ganz selbstverständlich“, daß Arbeiterkulturorganisationen nur in voller Freiheit arbeiten können. Eben deshalb werden die gleichgeschalteten Organisationen gemieden. Daß ein Repräsentant der katholischen Diktatur das offen zugeben muß, zeigt, wie stark der Freiheitswille der österreichischen Arbeiter ist! (ZTB)

**Auf den Spuren des Mayerling-Dramas?** In der Ortschaft Pardubitz bei Pardubitz wurde auf dem dortigen Friedhof zufällig ein Grab bloßgelegt, das in der Evidenz nicht geführt wird. Beim Ausheben eines neuen Grabes stieß der Totengräber in beträchtlicher Tiefe auf einen zinnernen Schmuckkistchen, der das Gebeuge einer jungen Frau enthielt, deren Schädelknochen eine schwere Verletzung aufwies. Es wird die Vermutung geäußert, daß es sich um das Grab der jungen Baroness W e i e r a handeln könne, der Geliebten des ehemaligen Kronprinzen Rudolf, die nach der verbreitetsten Version von diesem mysteriösen Tode im Jagdschloß Mayerling gemeinsam mit ihm durch Erschießen aus dem Leben geschieden sein soll. Angeblich wurde sie von vertrauenswürdigen Leuten der Hofdamen insgeheim auf dem Friedhof in Pardubitz eingescharrt, da man jede Spur des Dramas verwischen wollte, ohne sich viel um Rücksichten der Pietät zu kümmern, die ja nie eine Rolle gespielt hat, wenn die Interessen der Dynastie in Frage kamen. Es wird abzuwarten sein, was an diesen Nachrichten wahr ist und ob es sich bei dieser Nachricht nicht bloß um einen Vorboten der allmählich fällig werdenden Seefischlauge handelt.

**Kind vom Autobus gerammt.** Auf der Karlsbader Staatsstraße ereignete sich Sonntag in der Nähe des Dorfes Dobrá bei Kladno ein Unglück, dem das Leben eines fünfjährigen Jungen zum Opfer fiel. Der dem Autotransportunternehmer Anton Knize gehörige und von diesem gelenkte Autobus fuhr auf der Straße mit einer Geschwindigkeit, die nach Aussagen der Zeugen etwa 30 Kilometer betrug. Die Straße ist an dieser Stelle nur auf kurze Entfernung zu übersehen. Vor dem Wagen lief auf der rechten Straßenseite der fünfjährige Eisenbahnerjohn Franz S a m o u z. Plötzlich lief das Kind über die Straße und gelangte vor den Wagen, obgleich dessen Lenker nach links auszubiegen suchte, was ihm aber nicht mehr gelang. Der Junge wurde umgestoßen und ein Hinterad des schweren Fahrzeuges ging ihm über Kopf und Beine. Das Kind wurde buchstäblich gerammt.

**Verhütete Tragödie.** Ein aufstrebender Vorfall ereignete sich in der Zifover Vistupova ul. (Wag) in der Wohnung des pensionierten Oberwachtmannes Josef S t r a c h. Dieser war seit längerer Zeit schwermütig, da er den Tod seiner Frau nicht bewenden konnte. Gestern rief er plötzlich seiner 13jährigen Tochter zu, daß er „der Mutter nachfolgen wolle“. Gleichzeitig zielte er auf das Kind, offenbar in der Absicht, zuerst das Mädchen, dann sich selbst zu töten. Die Waffe versagte aber und Strach wurde von den zu Hilfe eilenden Nachbarn entworfen. Da der Polizeiarzt bei ihm eine Geistesstörung feststellte, wurde Strach in die Irrenanstalt übergeführt.

**Zwischen zwei Straßenbahnzügen.** Am Sonntag nachmittags geriet in Brünn der 24jährige technische Beamte der Brünnner Maschinenwerke Ladislav P a n e l auf der Zeile mit seinem Motorrade zwischen zwei in entgegengesetzter Richtung fahrende Straßenbahnzügen. Er wurde dabei vom Rade gerissen und so schwer verwundet, daß er während des Transportes ins Krankenhaus starb.



Der größte Zinnbagger der Welt

Dieser Tage fand in Holland der Stapellauf einer Zinnbaggermaschine statt, die für Niederländisch-Indien bestimmt ist. Sie dient in erster Linie dazu, Zinn aus den Flüssen in Biliton (Niederländisch-Indien) zu baggern, und man derpricht sich einen großen Erfolg davon. Der Vorgang ist folgender: Der aufgebaggerte Grund wird durch eine Sturzrinne in ein drehbares Sieb geleitet; das grobe Material, das die Löcher des Siebes nicht passieren kann, wird durch eine weitere Rinne zirka 32 Meter hinter dem Schiff ins Wasser gestürzt, während das Zinn enthaltende reine Material, das durch die Sieblöcher in eine Trommel fließt, durch eine Wascheinrichtung geführt wird, die auf dem Hinterdeck aufgestellt ist. Die Länge des Baggers beträgt 60,60 Meter, die Breite 28 Meter. — Unser Bild zeigt den Bagger nach dem Stapellauf, bei dem er den malaiischen Namen „Doe Joeng“, das heißt Seefisch, erhielt

**Die Ernte-Urlaube für Soldaten.** Auch heuer werden Militärpersonen Ernte-Urlaube gewährt; aber nur jenen, die selbständige Landwirte oder Pächter landwirtschaftlichen Bodens sind, ferner Söhnen, Brüdern oder Enkeln selbständiger Landwirte, die arbeitsunfähig sind, und schließlich landwirtschaftlichen Saisonarbeitern, die besonders gefragt und bei bestimmten Erntearbeiten unentbehrlich sind. (DND)

**Unterstützung deutscher Forschungsarbeit durch den tschechoslowakischen Forschungsnationalrat.** Der tschechoslowakische Forschungsnationalrat veröffentlicht seinen 13. Jahresbericht für das Jahr 1936, aus dem hervorgeht, daß bei der Verteilung von Stipendien und Unterstützungen aus dem Masaryk-Fonds für den Druck wissenschaftlicher Arbeiten und die Beschaffung von Hilfsmitteln für wissenschaftliche Arbeiten junger Forscher auch die deutsche Forschungsarbeit in der Tschechoslowakei in gebührender Weise berücksichtigt wurde. Von insgesamt 133.400 Kč erteilter Unterstützungen entfallen auf die Deutschen 38.500 Kč, also etwa 20 Prozent.

**Der Freistaat der Krüppel.** Der grandiose Plan des Chirurgen Dr. Effer, Krüppeln eine Zuflucht in einer „freien Republik“ zu schaffen, deren sämtliche Bürger dem Messer des Arztes zwar ihr Leben, aber zugleich auch ihre Vermögenswerte verhandeln, ist seiner Verwirklichung nahe. Dr. Effer ging von der Tatsache aus, daß Amputierte und sonstige Schwerverletzte auch bei bestmöglicher Operation nach Entlassung aus der Klinik fast niemals in ihren Beruf zurückfinden, und vor allem dauernd darunter zu leiden haben, daß sie in einer Gesellschaft von Gesunden leben müssen, für die sie sowohl physisch wie wirtschaftlich minderwertig sind. Es wäre schon viel Geholfen, wenn man den Krüppeln durch langsame Gewöhnung an die Unabänderlichkeit ihres Zustandes und durch Erlernen von Erwerbsfähigkeiten die Voraussetzung bieten könnte, sich einigermaßen in das normale Leben einzugliedern. Dr. Effer plant also die Errichtung eines „Internationalen Zentrums der Chirurgie“, wo neben den Kliniken sich auch große Sanatorien, Schulen, Werkstätten für Krüppel und Ähnliches befinden. Er hat für seine Idee das „Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit“, das Rote Kreuz, eine große Anzahl von Regierungen, u. a. Mussolini persönlich, und Geldgeber gewonnen. Das Ideal für die Errichtung des Werkes ist eine Insel im Mittelmeer, und die griechische Regierung hat sich entschlossen, eine nur von einigen Mönchen bewohnte Insel Myra Panaghis dem Arzt und Menschenfreund zur Verfügung zu stellen. Diese Insel ist 28 Quadratkilometer groß, liegt 75 Meilen von Saloniki entfernt und kann von Athen aus in zwölf Stunden erreicht werden. Dr. Effer hat sie suchen auf dem ihm zur Verfügung gestellten Kreuzer „Nile“ besucht und fand alle Voraussetzungen erfüllt. Er wird in den nächsten Tagen von Metaxas empfangen werden, und die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, in der die kleine Insel ein autonomes Territorium bildet, das unter dem Protektorat des Roten Kreuzes stehend seine eigene Verwaltung, Briefmarken und sogar Währung haben soll.

**Tiefe und Temperatur des Ozeans am Nordpol.** Die Polar-Expedition Schmidts hat am Nordpol neue Messungen der Tiefe und der Temperatur des Eismerees durchgeführt, deren Einzelheiten besonders interessant und für den Laien verblüffend sind. Die Messungen fanden am 88 Grad 54 Minuten nördlicher Breite und 20 Grad westlicher Länge statt. Die Arbeiten dauerten nicht weniger als 8 Stunden und 40 Minuten. 2 Stunden und 40 Minuten lang sank die Meßleine in die Tiefe, bis sie den Meeresgrund auf

4.200 Meter Tiefe erreichte. Es war eine ungeheure Arbeit, die Leine, die sofort hart froz, mit genügender Vorsicht wieder herauszuholen, um die an ihr befestigten Meßinstrumente nicht zu beschädigen. Diese Arbeit dauerte volle 6 Stunden. Man hatte dann eine Probe des Meeresgrundes, der sich als graugrüner Schlamm erwies. Die Temperaturmessungen ergaben folgende Zahlen: die oberste Schicht bis zu 250 Meter, also unmittelbar unter der Eisdede, ist die kälteste, aber auch hier hat das Wasser eine Temperatur von nur 1,63 Grad. Sie steigt dann sofort an und erreicht bei 600 Meter Tiefe bereits eine Temperatur von 0,77 Grad Wärme. Von da ab fällt sie wieder langsam; auf 2930 Meter Tiefe ist wieder eine Minus-Temperatur von 0,70 Grad Kälte erreicht. Die Temperatur des Meeresgrundes konnte nicht gemessen werden, weil die Thermometer den Druck nicht aushielten und zerbrachen. Das Ergebnis zeigt also eine auffallende Ungleichmäßigkeit der Temperatur und jedenfalls widerspricht es der landläufigen Vorstellung, daß die tiefsten Schichten die wärmsten sind.

**Wein Drachenbootfest.** Während des Drachenbootrennens anlässlich des in ganz China feierlich begangenen „Drachenbootfestes“ brach in Schanghai eine von zahlreichen Zuschauern besetzte Anlegebrücke zusammen. Mehrere Hundert Menschen stürzten ins Wasser. Die Zahl der Opfer ist noch nicht ermittelt. Bisher wurden sechs Leichen geborgen.

**Arbeiterführer in Mexiko verhaftet.** Der Gouverneur des Staates Sonora hat in Oregon 18 leitende Funktionäre der mexikanischen Arbeitskonföderation verhaften lassen. Die Verhaftung dieser Arbeiterführer hat innerhalb der Arbeiterchaft große Erregung hervorgerufen, so daß es zu einem Proteststreik kommen dürfte.

**Der teuerste Titel der Welt.** Sabas meldet aus Ankara, daß der türkische Staatspräsident Kemal Atatürk der türkischen Nationalversammlung angelündigt habe, daß er sich aller seiner privaten Einkünfte mobilien und immobilien Charakters zugunsten des Staates begeben. Die Nationalversammlung nahm eine Resolution an, in welcher dem Staatspräsidenten hierfür der Dank des Staates ausgesprochen und gleichzeitig der Beinamen des „Vaters der Türkei“ beigelegt wird. Das Vermögen Kemal Atatürks wird auf mehr als 100 Millionen Francs (150 Millionen Kč) geschätzt.

**Der wunderartige Schlangengift.** In Saloniki ist der 68jährige pensionierte Staatsbeamte Nikolaus Argyropoulos durch einen Giftschlangengift von einer schweren rheumatischen Krankheit geheilt worden. Argyropoulos hatte bereits eine ganze Reihe von Ärzten vergeblich konsultiert. Zum Schluß setzte ihm ein Wunderdoktor einen Blutegel an und ließ dann eine giftige Otter in seinen rechten Unterarm beißen. Gegen den Biß wandte er sofort die übliche Heilmethode an, d. h. Abschürfung des Arms, Ausbrennen der Wunde und Einfößen von Alkohol. Nachdem der Patient die Nohtur überstanden hatte, zeigte sich, daß auch seine rheumatischen Beschwerden verschwunden waren. Wahrscheinlich waren noch genügende Mengen von Schlangengift in seinem Körper verblieben, um den Heileffekt herbeizurufen.

**Refordbeute einer Haifischjagd.** Auch die Jäger auf die Westküste des Ozeans haben ihre Triumphe und Rekord. Was die Haifischjagd betrifft, so war der Rekordmann bisher der bekannte Abenteuer-Schriftsteller Jane Grey, der vor kurzem einen Haifisch von 1038 Pfund erlegt hat. Jetzt ist dieser Rekord durch den dänischen Konsul in Sidney, Eric Fisher, geschlagen worden, dem es gelang, einen Haifisch mit der Leine zu fangen. Die

Beute wog 1040 Pfund. Der Kampf dauerte mehrere Stunden, bis das Tier endlich die Kräfte verlor und an Bord der Yacht gebracht werden konnte.

**Wassenspychose in einer Fabrik.** In einem großen chemischen Werk in Lille hat sich ein merkwürdiger Vorfall ereignet. In einem der Arbeitsäle verlor plötzlich eine Arbeiterin die Besinnung, stürzte zu Boden und wand sich jöhnend in Krämpfen. Einen Augenblick später brachen eine ganze Reihe von anderen Arbeiterinnen neben der Kranken zusammen; auch sie fielen zu Boden, schrien, hatten Krämpfe und die meisten rissen sich mit den Fingernägeln der verkrampften Hände die Haut blutig. Die herbeigerufenen Ärzte hatten zunächst den Verdacht einer Gasvergiftung, konnten jedoch im Arbeitsaal nicht die geringste Spur giftiger Gase entdecken. Auch die später durchgeführte Analyse von Speiseresten, Blut und Sputum ergaben keinerlei Anzeichen für eine Vergiftung. Das seltsamste war, daß, als man die erkrankten Arbeiterinnen herauszog, Frauen auf dem Hof in der Fabrik und dann sogar auf offener Straße unter den gleichen Weitschmerzähnlichen Erscheinungen zusammenbrachen. Auch halbwillkürige männliche Arbeiter wurden krank. Die Professoren der Lille medizinischen Fakultät, die sofort zu einem Konzilium zusammengetreten waren, neigen zu der Meinung, daß es sich um einen seltsamen Fall von Wassenspychose, deren Gründe vorläufig noch völlig unauflösbar sind, handelt.

**Rettung eines Hydro-Avions.** Der Hydro-Avion „Pola“, der der Flugverkehrs-Gesellschaft Ala Vitoria gehört, hat auf seinem Fluge von Ostia nach Marseille SOS-Rufe des französischen Wasserflugzeuges aufgefangen, das den Verbruch auf der Linie Marseille—Algier besorgt und das wegen eines Motordefektes auf der aufgewühlten See niedergehen mußte. Der italienische Hydro-Avion eilte dem französischen Flugzeug zu Hilfe, das er auffand und neben dem er bei hohem Seegang zu Wasser ging. Die SOS-Rufe ging auch das Torpedoboot „Simun“ auf, das vorläufig die Passagiere des Wasserflugzeuges an Bord nahm.

**Streik in Hollywood beendet.** „Associates Press“ meldet, daß der Streik der Angestellten der Hollywooder Kinematiker beendet wurde. Die Maler, Friseur und Artisten haben Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik dauerte indessen sieben Wochen.

**Auslieferung an Mussolini vereitelt.** In Marseille ist am Samstag aus Central-America der italienische Dampfer „Celina“ mit einer 42köpfigen Besatzung eingetroffen. Am Nachmittag sollte mit der Abführung der für Marseille bestimmten Waren begonnen werden. Als die Hafenarbeiter das Schiff bestiegen hatten, kam es zu einem eigenartigen Vorfall, der, wie es scheint, sorgfältig vorbereitet worden war. Die Arbeiter begaben sich sofort in den Maro- denraum des Schiffes, der gleichzeitig als Gefängnis diente, und brachen, bevor die Wache sie daran hindern konnte, mit Hängen das Türschloß auf. Im Gefängnis befand sich ein Mann namens M o r e l l i, ein italienischer Staatsangehöriger, der von den Behörden in Panama ausgewiesen worden war und den italienischen Behörden in Genua übergeben werden sollte. Morelli wurde von den Arbeitern zum Deck des Schiffes geschleppt, an einem Seil auf den Kai hinuntergelassen und in ein dort wartendes Automobil gefetzt. Vor dem Hofamt erklärten die zwei Hafenarbeiter, die Morelli begleiteten, daß sie einen Verletzten ins Krankenhaus fahren. Erst dann schlug die Besatzung des Schiffes „Celina“ Alarm. Die Angelegenheit wurde der Polizei mitgeteilt, welche den Kapitän des Schiffes und den Matrosen, der den Schiffsdienst verließ, einvernahm. Ferner stellte die Polizei die Nummer des Automobils fest, eine Spur von dem Missetätigen konnte aber bisher nicht gefunden werden. Das Schiff „Celina“ ist nachmittags nach Italien ausgefahren.

**Immer noch hochsommerlich!** Unter dem Einfluß höheren Druckes herrschte Montag über dem Binnenlande wieder im ganzen schönen Wetter, welches nur vereinzelt durch Lokalgewitter gestört wird. Die Temperatur stieg nachmittags nahezu durchwegs auf 27 bis 28 Grad. — Aus dem Gebiet der Britischen Inseln strömt gegen das Festland erneut etwas k ü h l e r e Luft zu, die sich jedoch rasch erwärmt und keine Abkühlung des allgemeinen Witterungscharakters herbeiführen dürfte. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Halbheiter, Neigung zu Lokalgewittern, s e h r w a r m. — Wetteraussichten für M i t t w o c h: Noch keine wesentliche Änderung.

## Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

### Mittwoch

Brag, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 10.15: Rundfunk für niedere deutsche Schulklassen, 12.10: Schallplattenkonzert, 13.40: Deutscher Arbeitsmarkt, 13.10: Deutsche Sendung: Dr. Maras: Aus dem tschechoslowakischen Kulturleben, 13.20: Arbeitersehung: Franz Schön, Saag: Aus der Selbstverwaltung der Gemeinde, 13.40: Sozialinformationen, 13.45: Deutsche Presse, 21.25: Orchesterkonzert ROK, 22.20: Schallplattenkonzert. — Brag, Sender II: 14.15: Deutsche Sendung: Der letzte Weist lernt telephonieren, Märchenstück von Bod, 14.50: Deutsche Presse, 18.35: Eigenkonzert. — Bräun: 17.40: Deutsche Sendung: Felsenwunder in Abersbach, — Preßburg: 19.20: Populäres Rundfunkorchesterkonzert, 22.35: Transmusik. — Rastau: 12.05: Operettenmusik, 12.35: Rundfunkorchesterkonzert. — Mähr: Oltrau: 15.00: Rundfunkorchesterkonzert, 18.00: Klavierkonzert, 18.30: Schallplatten



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Die Leistungen des Heilfonds

(ZDF) Ueber die Bedeutung und Entwicklung der Krankenversicherung der öffentlichen Angestellten wurde schon häufig geschrieben. Die Zahlenprache überzeugt jedoch immer am besten. Zur Zeit, in welcher zur Sicherung einer wirklich zweckmäßigen Genießung der Versicherung neue Wege gesucht und gegen ihren Mißbrauch gekämpft werden muß, warnen die Ziffern, aber sie eifern auch zur Erzielung der entsprechenden Verbesserung an.

Die Geldmittel des Heilfonds, die durch die Versicherungsbeiträge erworben werden, genügen nicht einmal zur Deckung der Ausgaben der Versicherungsleistungen. Den katastrophalen Zuwachs an Ausgaben für Versicherungsleistungen gegenüber dem Einkommen-Zuwachs an Versicherungsbeiträgen gelang es im Jahre 1936 nur ganz unbedeutend zu mäßigen.

Zur Darstellung der Entwicklung führen wir einige Zahlen an: Die Einnahme an Versicherungsbeiträgen im Jahre 1936 betrug 110 Millionen Kc und war um 2,4 Millionen Kc höher als im Jahre 1935. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung betrugen im Jahre 1936 82,8 Millionen Kc und waren um 2,2 Millionen Kc höher als im Jahre 1935. Die Ausgaben für Geburtsbeiträge betrugen im Jahre 1936 drei Millionen Kc und waren um 0,2 Millionen Kc höher als im Jahre 1935. Die Ausgaben für Heilmittel betrugen 30,8 Millionen Kc und waren um 1,8 Millionen Kc höher als im Jahre 1935. Die Ausgaben für Wäber betrugen 0,4 Millionen Kc, also mehr um 0,1 Millionen Kc. Die Ausgaben für Behandlung in Krankenhäusern und anderen Heilanstalten betrugen 13,9 Millionen Kc und waren um eine Million höher als im Jahre 1935. Für Wäber und Sanatorien wurden 11,7 Millionen Kc ausgegeben, also weniger um 0,2 Millionen Kc als im Jahre 1935. Für Transportauslagen wurden ebenso wie im Jahre 1935 0,6 Millionen Kc aufgewendet.

Die Ausgaben für Versicherungsleistungen betrugen also im Jahre 1936 rund 124,4 Millionen Kc, d. h. um 5,9 Millionen Kc mehr als im Jahre 1935.

Die Ausgaben für Versicherungsleistungen im Jahre 1936 sind um 14,4 Millionen Kc höher als die Einnahmen an Versicherungsbeiträgen. Diese Differenz, sowie die Verwaltungsauslagen, mußten schon aus den Zugahlungen der Kranken ersetzt werden. Für Versicherungsleistungen den Versicherten wurden im Jahre 1936 66,8 Millionen Kc ausgegeben und für Versicherungsleistungen den Familienangehörigen 57,6 Millionen Kc. Diese Zahlen beweisen dokumentarisch, daß die Krankenversicherung der öffentlichen An-

gestellten für sie und ihre Familien eine große gesundheitliche und finanzielle Bedeutung hat und verdient, daß die Versicherten selbst ihrer Verwirklichung die größte Aufmerksamkeit widmen.

## Der Fürsorgeminister in Hohenebel

Am 18. Juni hielt Fürsorgeminister Ing. Nečas in Hohenebel eine Besprechung in Anwesenheit von Vertretern der Selbstverwaltung, der Industrie und der Arbeiterschaft ab, die vornehmlich Fragen der Textilindustrie und der dringenden öffentlichen Arbeiten gewidmet war. Der Fürsorgeminister wies in einer Ansprache auf die sinkende Arbeitslosigkeit hin und wies am Beispiel der Lage im Bezirk Hohenebel darauf hin, daß dies keine zufällige Erscheinung, sondern ein Ergebnis der Regierungsmaßnahmen ist.

## Konjunktur der Unternehmer

Die Generalversammlung der *Munitionsfabrikanten v. M. S. & Co.* hat den auf 8.121.207 Kronen angelegten Reingewinn anerkannt und die Ausschüttung einer Dividende von 27,5 Prozent beschlossen. Außerdem gewährte sie den Verwaltungsratsmitgliedern an Prämien 522.121 Kc.

Auf der Generalversammlung des *Russischer Chemischer Verein* wurde eine Dividende von 11,5 Prozent und die Gewährung von Prämien in Höhe von 360.000 Kronen (i. B. 288.000) beschlossen. Der Bruttoertrag des Unternehmens erhöhte sich von 80,1 Millionen Kronen im Jahre 1935 auf 107,9 Millionen Kronen im Jahre 1936. Nach sehr reichlichen Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 8,9 Millionen Kronen gegen 6,2 Millionen Kronen im Jahre vorher.

Die *Kupferwerke Böhmen* bringen eine Dividende von neun Prozent zur Ausschüttung, im Vorjahr 6,5 Prozent.

Die *Solo Vereinigte Tschechoslowakische Zündholz- und Chemische Fabriken A.G.* verteilt für 1936 7,5 Millionen Kronen Dividende gegen 6,5 Millionen Kronen im Jahre vorher.

Die *Westelectrotechnische Großhandels-A.G.* in Prag verteilt 4,5 Prozent Dividende gegen vier Prozent im Vorjahr.

## »Volksgemeinschaft« in der Praxis

Die seit Jahren stillgelegte Spinnerei Simon in Gaidorf, die nur vorübergehend in den Jahren 1932 und 1933 in Gang erhalten wurde, und die früher 350 bis 300 Arbeiter beschäftigte, wurde im vergangenen Jahr von der Firma *Shora* in Romnice erworben, welche die Absicht hatte, dort eine andere Produktion aufzunehmen. Auf Grund dieser Umstände erhielt sie die Erlaubnis, die Maschinen zu demontieren und auszuführen. Da sich die Verhältnisse in der Zwischenzeit geändert hatten, wollte die Firma *Shora* den Betrieb doch als Baumwollspinnerei wieder aufnehmen und suchte um die entsprechende Bewilligung an. Von den zur Neuherstellung aufzubereitenden Stellen hat die Union der Textilarbeiter die Wiederaufnahme des Betriebs befürwortet und verlangt; der Verband der christlichen Textilarbeiter äußerte sich in derselben Weise.

Gegen die Erteilung der Bewilligung sprach sich vor allem der Deutsche Textilverband in Reichenberg aus. Die zuständige Bezirksbehörde in Friedland entschied jedoch im Sinne der Union der Textilarbeiter für die Wiederaufnahme des Betriebs.

Dies benützte die Genossenschaftsbewegung des dortigen Gebiets, um die Wiedergewinnung der Arbeitsplätze für die Textilarbeiter als ihren Erfolg zu bezeichnen. In Wirklichkeit legte der Deutsche Textilverband in Reichenberg, dessen Mitgliedschaft man nur anzusehen braucht, um die Zusammenhänge mit der *SBP* zu erkennen, gegen die Entscheidung der Bezirksbehörde Verwahrung ein. Er bemüht sich nach allen Kräften, den Arbeitslosen von Ghindorf die Hoffnung zu nehmen, daß sie ihren Arbeitsplatz wieder erhalten werden. So steht der Kampf der Volksgemeinschaft für den deutschen Arbeitsplatz aus! Wenn der Textilverband sein Ziel erreicht, werden die Maschinen in der Spinnerei amontiert und die Arbeitslosen können weiter warten.

**Weniger Brauereien.** Ende 1936 waren im Gebiet der Tschechoslowakischen Republik 383 Brauereien im Betrieb. Ein Jahr vorher waren es 395. Elf von den stillgelegten Brauereien lagen in Böhmen, im am Ende des vorigen Jahres noch 303 Brauereien in Betrieb waren gegen 314 Ende 1935. Auf Mähren-Schlesien entfallen 65, auf die Slowakei 14 und auf Karpatenrußland eine Brauerei.

Die **Glasausfuhr** gestiegen. Im ersten Quartal 1937 lag die Glasausfuhr mit 163,7 Millionen Kronen um 39 Prozent über dem Vorjahr, in dem sie nur 117,1 Millionen Kronen betragen hat. Der bedeutendste Abnehmer für tschechoslowakische Glaswaren sind die Vereinigten Staaten, die vom Jänner bis März 1937 für 33 Millionen Kronen Glas bezogen haben.

**Ausfuhr liefert und Eisenerze.** Die *Wittöwitzer Eisenwerke* und die *Berg- und Hüttenwerks-A.G.* haben im Mai über 6000 Tonnen Eisenerze aus der Sowjetunion eingeführt.

**Kohlausfuhr aus dem Ostauer Revier fast verdoppelt.** In den ersten fünf Monaten dieses Jahres betrug die Kohlausfuhr des Ostauer Reviers 48.481 Waggons. In der gleichen Zeit des Vorjahres konnten 26.722 Waggons ausgeführt werden. Die Steigerung beträgt somit 81,4 Prozent.

**Konjunktur in Spiritus.** Der Gesamtabsatz an Spiritus in den ersten neun Monaten der laufenden Kampagne ist gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 655.500 Hektoliter auf 734.200 Hektoliter gestiegen. Von der Zunahme entfallen 11.450 Hektoliter auf Trinkspiritus.

**Eine Viertelmilliarde mehr Spargelder.** Vom Jänner bis Ende April hat sich der Einlagenzuwachs bei den Sparkassen um 287 Millionen Kronen erhöht. Er erreicht damit Ende April den Stand von 2,5 Milliarden Kronen.

**Beitritt der Tschechoslowakei zum Handelsabkommen der Nordstaaten?** Der Wortlaut des zwischen Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen und Schweden abgeschlossenen Handelsabkommens wurde dieser Tage versendet. Nach dem Abkommen müssen die Zollbegünstigungen, die die Nordstaaten einander im Sinne der Meißbegünstigungsklausel gewähren, auch Staaten gewährt werden, die der Konvention nicht angehören. In der handelspolitischen Sektion des Außenministeriums wird nun geprüft, ob auch für die Tschechoslowakei die Möglichkeit besteht, der Handelskonvention der Nordstaaten beizutreten, bzw. ob ein solcher Beitritt und handelspolitisch irgendwelche Vorteile brächte. Wie die *»Rat. Listy«* melden, wird diese Angelegenheit auch bei unseren nächsten Verhandlungen mit den Nordstaaten, die der Konvention angehören, erörtert werden. (ZDF)

## Ausland

### Französisches Urteil über die Moskauer Hinrichtungen:

**Dem Diktator geht es um die persönliche Macht!**

Der *»Populaire«* unterstreicht in Besprechung der Moskauer Urteile und Exekutionen die Tatsache, daß der Prozeß bei geschlossenen Türen abgehalten wurde, daß die Angeklagten sich keine Verteidiger nehmen durften und daß das so gefällte Urteil (das ja inzwischen schon vollzogen wurde) als inappellabel gilt. Dann schreibt das Blatt Léon Blums:

„Unnötig, die Bestürzung zu beschreiben, die die Beurteilungen in der ganzen Welt hervorriefen. Wenn man die Anklagechrift ernst nimmt, dann kommt man zu dem a b i u r d e n S t u f e, daß die Mehrzahl der Kommando- und Organisationsposten der Roten Armee sich jahrelang in den Händen bezahlter Agenten einer fremden Macht befanden. Nun, alle diese „Spione“ sind Helden des Bürgerkriegs; es sind die, die die Rote Armee geschaffen haben, es sind die, welche den Generalstab führten (Zuchatschewski), die die Militär-Grenztruppen der Ukraine und Weißrusslands kommandierten (Pawic und Abrowski), die die höhere Militärausbildung leiteten (General Kork, Chef der Militär-Akademie des Generalstabs), es sind die, die die Luftabwehr organisierten (General Eidemann), die die Moral der Armee überwachten (General Samarin, der vor dem Prozeß Selbstmord verübte) und die, denen die Offiziersausbildung oblag (Zeldmann, Samarin's Adjutant). Fügen wir noch, um vollständig zu sein, die Namen Putnas, des sowjetrussischen Militär-Attachés in London, und den Primatof's hinzu, des Adjutanten Diktors.“

Gewiß gab es in der Geschichte der Bürger- und der Revolutionenkriege Fälle von Verrat durch höhere Offiziere; aber Aufstand befindet sich seit 1920 nicht mehr im Kriegszustand und just in den tragischen Jahren haben die „Verräter“ von heute ihrem Vaterland Dienste geleistet. Also kommt man zu dem Schluß — und es ist der der Kritik, die politisch mehr oder weniger über die russischen Dinge am Laufenden sind —, daß es sich in Wirklichkeit um einen unerbittlichen Kampf handelt, den S t a l i n allen denen liefert, die er — mit Recht oder Unrecht — seiner p e r s ö n l i c h e n M a c h t gefährlich glaubt.“

### „Die Reaktion wird vor nichts zurückschrecken, um die Regierung Blum zu schlagen...“

Unter diesem Titel beschäftigt sich der sonntägliche *»Populaire«* mit der Offensive, die die faschistische und kapitalistische Reaktion gegen die Regierung Blum ergriffen hat, in deren Bekämpfung sie vor nichts zurückschrecken werde. „Diese neue, gruselige Kampagne der *f a s c h e n R a d i c a l e n* und der *P a n i k i m m u n g*, diese Kampagne der letzten zehn Tage ist nichts weniger als spontan. Sie ist vielmehr gut eingeleitet. Sie ist der Sturm der „zweihundert Familien“ gegen die Volksfront; sie ist die Attacke der Großbanken gegen die Volksgregierung, die Schlacht der großen Chefs gegen die Lohnkämpfer und gegen alle sozialen Reformen. Und um ihren Zweck zu erreichen, gögern die Faschisten, die Reaktionäre, die Bank- und die Industriebesitzer nicht, in zynischer Weise sich auf den Franc und auf den Staatskredit zu werfen. Aber die Herren *t ä u s c h e n* sich in ihren Berechnungen! Sie werden dem arbeitenden Volke ihren Willen nicht aufzwingen! Ihr Spiel wird von den Republikanern durchschaut, ihr Mandat wird entlarvt, die Offensive gebrochen werden! Das Frankreich von 1937 ist nicht mehr das Frankreich von 1925!“

**In Spanien gefallene.** Aus Spanien erhalten wir die erschütternde Nachricht, daß der junge Grazer Sozialist *B r e t s c h k o* dort im Kampfe gefallen ist. — *Bretschko* hat im Frühjahr 1934 an der Arbeit der *R. S.* in Graz führenden Anteil genommen. Aber schon nach wenigen Monaten illegaler Arbeit wurde er verhaftet und unter der Besatzung, Sprengstoffe aufbewahrt zu haben, vom Grazer Standgericht zu 18 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Zweieinhalb Jahre verbrachte er in der Strafanstalt Karlau. Sie haben seinen Geist nicht gebrochen. Nach dem Besuch der Sozialistin *Jeane Wanderselbe* in der Strafanstalt schrieb er an Freunde einen Brief voll Zuversicht und Lebensfreude, in dem er schilderte, wie froh er war, der belgischen Sozialistin angehörendes Gefängnisdirektors und seiner Beamten über den Gefängnishof hinweg ein donnerndes „Freundschaft!“ zurufen zu können. Nachdem er schließlich amnestiert worden war, ging er sofort, ohne irgend eine Unterstützung in Anspruch zu nehmen, nach Spanien, um dort weiterzukämpfen. Er ging illegal über die Schweizer und über die französische Grenze, schrieb erst von Perpignan und dann von Madrid aus Briefe an die österreichischen Freunde. In den Kämpfen vor Madrid hat er sein junges, hoffnungsvolles Leben für die Sache der Arbeiterschaft und der Freiheit geopfert.

**Rom.** Aus den Kämpfen von Guadalajara von Mitte März werden nach einer soeben veröffentlichten amtlichen Verurteilung weitere 220 italienische „Freiwillige“ als gefallen gemeldet. Aus den gleichen Kämpfen werden 194 Verwundete, darunter 123 Offiziere und 250 Vermisste gemeldet.

Man erhält für	Kc
100 Reichsmark	758.—
100 Markmünzen	797.50
100 österreichische Schilling	536.50
100 rumänische Lei	17.35
100 polnische Zloty	546.50
100 ungarische Pengö	581.—
100 Schweizer Franken	656.—
100 französische Francs	127.70
1 englischer Pfund	140.75
1 amerikanischer Dollar	28.60
100 italienische Lire	143.40
100 holländische Gulden	1577.—
100 jugoslawische Dinare	85.30
100 Belgas	484.—
100 dänische Kronen	631.—
100 schwedische Kronen	780.—

## Giulio Leopardi:

### Die Halunken

Uebersetzt von Alfred Wolfenstein

Die Unvollkommenheit der Welt — das ist das große tragische Thema der Gedichte und Gebete des italienischen Dichters, dessen 100. Geburtstag am 14. Juni in Europa allenthalben gefeiert werden sollte. Aber dieser Erdteil, in seinem heutigen Zustande geradezu ein Wüsten für ebene Herrlichkeit, die der Vögel eint an seinem Vaterlande Italien bestaunt, wird an Leopardi, der das Amt eines Dichters in der Verabschaffung jeder Gewalttätigkeit wahrhaft ausübte, ziemlich faunm vorübergehen. Wir bringen von diesem das Böse von Dingen bekämpfenden Sänger und Denker, den man Schopenhauers romanischen Bruder genannt hat, eine bezeichnende Glosse.

Die Welt ist ein Bund von Gaunern gegen die Redlichen, von Gemeinen gegen die Guten. Wenn sich Gauner zum ersten Male treffen, erkennen sie einander wie durch Zeichen Sprache und sind unterzünftig im Einklang. Läßt ihr Vorteil dies nicht zu, so fühlen sie sich mindestens zueinander hingezogen und achten sich herzlich. Sie betrügen sie einander nicht, wenn ein Gauner mit einem feinesgleichen Geschäfte macht. Hat er dagegen mit einem anständigen Menschen zu tun, so kann er gar nicht anders als ihn hintergehen und ihn zugrunde richten, selbst wenn er es auf der anderen Seite mit mutigen Leuten zu tun hat. Denn er kann ruhig damit rechnen, daß seine Lüge auch ihren Mut ruiniert. Ach habe es erlebt, wie ängstliche Menschen, bei der Wahl erwählten einen noch feigeren Gauner und einem tapferen Ehrenmanne, aus Furcht die Partei des Gauners nahmen. So handelt der Durchschnitts-

mensch immer, denn die Wege, die ein Mann von Mut und Ehre geht, sind allbekannt und einfach, die des Bösewichts verdeckt und verschlungen; und was man nicht kennt, das demütigt viel ernstlicher. Vor der Vergeltung des Hades kann man sich leicht bewahren, schon durch die eigene bloße Feigheit und Furcht; aber keine Furcht und keine Feigheit schützt gegen die heimlichen Ränke und Verfolgungen oder auch nur gegen die offenen Anschläge listiger Feinde. Im täglichen Leben wird der wahre Mut äußerlich wenig gefürchtet. Ihn begleitet ja keine Heuchelei, er bläst sich in keinem Aufpuß, der den Schreden erst eigentlich inszeniert; ja, man glaubt dem Mut überhaupt nicht. Die Gauner aber werden gefürchtet, als seien sie auch mutig, weil der prahlerische Schein bei ihnen weit stärker wirkt.

Arme Betrüger sind selten. Um nur einen Grund dafür anzudeuten: mit einem verarmten Ehrenmanne gibt sich überhaupt niemand mehr ab; viele haben noch ihre Schandenfreude daran. Wenn aber ein Gauner arm wird, rüht sich die ganze Stadt, um ihm zu helfen. Man wird nämlich viel leichter durch das Unglück eines Gefährten und Verwandten ergriffen, man glaubt sich da sozusagen selbst bedroht. Unterstützte man sie nicht, dann wäre es wie eine Zustimmung, daß man im gleichen Falle ebenso zu behandeln sei. Da die Gauner in der Welt an Zahl und an Machtmitteln überwiegen, hält jeder den anderen auch ohne persönliche Bekanntschaft für seinesgleichen und erstreckt sich dank jenem Geheimbunde treulich zur Hilfe in der Not für verpflichtet. Es ist ihnen geradezu ein Vergnügen, daß ein anerkannter Lump im Elend gesehen werden soll. Die Welt ist zwar in Worten eine Verehrerin der Tugend, aber sie faßt in solchen Fällen die Armut leicht als eine Strafe auf, und so könnte

für alle anderen eine Schande oder gar ein Schanden daraus entstehen. So seht denn eine allgemeine Anstrengung für sie ein, um das Vergnügen aus dem Wege zu räumen, und es bleiben, wie gesagt, nur wenig arme Gauner übrig, vielleicht ein paar namenlose. Alle dürfen sich ganz gut wieder als Betrüger herausarbeiten.

Im Gegenjah hierzu werden die Anständigen und Guten von der Allgemeinheit wie Geschöpfe einer anderen Gattung betrachtet. Nicht nur, daß man mit diesen auffallenden Menschen in keiner Weise wie mit Gefährten und Wesen umgeht, man verfährt mit ihnen überhaupt, als hätten sie keinen Teil an den Rechten der menschlichen Gesellschaft. Immer wieder beobachtet man, wie sie mehr oder weniger übel verfolgt werden, je nach dem Stand der Niedrigkeit und Börsartigkeit einer Zeit und einer Nation, in der sie leben. Wie die Natur im tierischen Körper die Säfte auszustößen versucht, die sich dort mit den Grundstoffen nicht vertragen, so sorgt die Natur in den Gemeinschaften der Menschen dafür, daß jeder über dem Durchschnitt Stehende, bei unbedeutendem Hervortreten dieses Unterschieds, mit aller Gewalt vernichtet oder verbannt wird. Auch deshalb sind die Guten verhaßt, weil sie naturgemäß aufrichtig sein müssen und die Dinge beim Namen nennen. Diese Schuld wird von den Menschen auf keinen Fall verziehen, wenn sie verabscheuen nicht so sehr den, der das Böse tut, und nicht so sehr das Böse selbst, wie den, der es ausdrücklich benennt. Infolgedessen erlangt der Missetäter oft Reichtum, Ehre und Macht, und wer etwas als Missetäter verurteilt, wird aufs Schaffot geschleppt. Gebüdig lassen sich die Menschen alles Erdendliche von einander oder vom Himmel gefallen, wenn man sie nur mit Erklärungen versieht.



